

Wie sichern wir Wohlstand in Europa?

Die EU braucht marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen, in denen sich unternehmerische Kreativität und Innovationskraft bestmöglich entfalten können

Seit je her waren Erfindungen neuer Technologien der Ursprung der Gründung von Unternehmen, die gut bezahlte, interessante Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Wir werden für die Bürgerinnen und Bürger der EU nur dann Wohlstand schaffen bzw. langfristig erhalten können, wenn wir für technische Innovation und Forschung bestmögliche Rahmenbedingungen setzen. So lautete das Fazit einer Veranstaltung zum Thema „Wachstumsmotor Forschung und Innovation. Wie wir mit marktwirtschaftlichen Lösungen in Europa den Wohlstand sichern“ der Taxpayers Association of Europe (TAE) am 19./20. Februar 2025 in der Bayerischen Vertretung bei der EU in Brüssel. Partner waren die Hanns-Seidel-Stiftung (HSS), der Wirtschaftsbeirat Bayern (WBU), der Europäische Wirtschaftssenat (EWS) und SME Europe. Etwa 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmern folgten der Einladung.

„Europa war und ist ein Ort für Innovation“, stellte MdL Erik Beißwenger, Staatsminister für Europaangelegenheiten und Internationales in Bayern, in seiner Keynote fest. Damit es dabei bleibe, seien Offenheit für Innovation und neue Produkte sowie eine sichere Energieversorgung gefragt. „Wir brauchen in Europa einen Wachstums-Deal“, so Beißwenger. Um diesen in Gang zu setzen, müsse die EU Überregulierung, Bürokratie und administrative Hürden abbauen.

„Das Unternehmertum muss in Europa wieder mehr Wertschätzung finden. Wer bei uns heute Unternehmer wird, muss angesichts der hohen bürokratischen und steuerlichen Belastungen geradezu eine masochistische Ader haben“, legte TAE-Präsident Michael Jäger den Finger in die Wunde. Unternehmerische Kreativität müsse sich entfalten können. Dafür brauche es marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen, die es Unternehmen ermöglichen, rentabel zu agieren. Insbesondere auch den kleinen und mittelständischen Betrieben (KMU). „Warum gehen viele Start-Up-Unternehmen weg aus Europa? Und können wir uns das auf Dauer leisten?“, warf Jäger zentrale Fragen auf.



MdL Erik Beißwenger, Staatsminister für Europaangelegenheiten und Internationales in Bayern: „Wir müssen rauskommen aus dem Reagieren, wir müssen agieren.“

Es sei Aufgabe sowohl der nationalen Regierungen als auch der EU, optimale Bedingungen für Forschung und Entwicklung sowie für die Gründung möglichst vieler, langfristig erfolgreicher Unternehmen zu schaffen – und die Umsetzung von Patenten in Europa zu halten. Aktuell seien China und die USA führend bei erfolgreichen Start-Up-Gründungen. Dabei habe Europa enormes Potenzial. Laut Europäischem Patentamt wurde im Jahr 2023 mit annähernd 200.000 Anmeldungen ein Rekord erzielt.

Erstmals eine „Wettbewerbsfähigkeits-Kommission“

In der EU-Kommission ist man sich des Ernstes der Lage bewusst: „Die EU hat den Anschluss an die digitale Revolution verpasst, was zu einem gravierenden Innovationsdefizit führt. Es mangelt an

ausreichenden Investitionen in bahnbrechende Forschungsprojekte, womit vielversprechende Innovationen im Keim erstickt werden“, erklärte Dr. Andreas Schwarz, Kabinettschef der EU-Kommission für Start-ups, Forschung und Innovation. „Der anhaltende Abfluss von Spitzentalenten gefährdet langfristig Europas Führungsposition in Forschung und Entwicklung.“

Zudem haften man Start-up-Unternehmern, die beim ersten Aufruf scheitern, in der EU tendenziell ein negatives Stigma an. In den USA dagegen werde das Scheitern eher als einen Schritt auf dem Weg zum Erfolg gesehen. In Europa seien Start-up-Unternehmen kaum in der Lage, zu expandieren und im internationalen Wettbewerb zu bestehen. Deshalb wanderten viele von ihnen zum Beispiel in die USA ab – insbesondere in der Scale-up-Phase, also nachdem sie das erste Wachstum geschafft haben.



Michael Jäger, Präsident der europäischen Steuerzahlerorganisation Taxpayers Association of Europe (TAE): „Das Unternehmertum muss in Europa wieder mehr Wertschätzung finden.“

„Diese alarmierende Lage erfordert entschlossenes Handeln, um unser wirtschaftliches Überleben zu sichern“, betonte Schwarz die Dringlichkeit von Veränderungen. „Wir müssen Europa als Unternehmensstandort stärken.“ Mit Ekaterina Zaharieva gebe es in der EU erstmals eine Kommissarin für Start-ups, Forschung und Innovation. „Ich kann Ihnen versichern, dass die neue Kommission eine Wettbewerbsfähigkeits-Kommission ist, die auf allen Gebieten versucht, in Europa die Rahmenbedingungen für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.“



Dr. Andreas Schwarz, Kabinettschef der EU-Kommission für Start-ups, Forschung und Innovation: „Der anhaltende Abfluss von Spitzentalenten gefährdet langfristig Europas Führungsposition in Forschung und Entwicklung.“

Konkrete Maßnahmen

Marktwirtschaftliche Ausrichtung, unbürokratischer Zugang zu Fördermitteln sowie Abbau von Bürokratie und regulatorischen Hindernissen, die das komplexe und fragmentierte Regelungsumfeld in den Mitgliedsstaaten mit sich bringt – das seien einige der Stellschrauben, an denen die EU-Kommission daran arbeite, die Bedingungen für Unternehmensgründungen zu verbessern. Und der Kabinettschef nannte konkrete Beispiele:

- die für Juni 2025 geplante Vorstellung der Strategie für Start-up-Unternehmen, in deren Rahmen alle Hindernisse für Start-up- und Scale-up-Unternehmen identifiziert werden.

- den European Innovation Act, der Unternehmen ab dem ersten Quartal 2026 helfen soll, Innovationen schneller marktfähig zu machen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-10-2024-12-16-ITM-018_EN.html

- das 28th Regime, das für innovative Unternehmen im EU-Binnenmarkt einen einheitlichen Rechtsrahmen schaffen soll.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/HTML/?uri=CELEX%3A52010IE0758#:~:text=The%2028th%20regime%20-%20an%20alternative,opinion%20on%2030%20March%202010>

- den European Research Area Act (ERA), der die Forschungs- und Entwicklungslandschaft in Europa vereinheitlichen und hier die Fragmentierung verringern soll.

https://research-and-innovation.ec.europa.eu/strategy/strategy-research-and-innovation/our-digital-future/european-research-area_en

- den EIC Fund des Europäischen Innovationsrats (European Innovation Council) mit einem Potenzial, bis Ende 2027 für „Deep Tech Innovators“ bis zu 20 Mrd. Euro. an öffentlichen und privaten Mitteln zu mobilisieren.

https://eic.ec.europa.eu/eic-fund/about-eic-fund_en



Diskussionsrunde mit Dr. Andreas Schwarz, Kabinettschef der EU-Kommission für Start-ups, Forschung und Innovation, Staatsminister Erik Beißwenger, Obrist Group-Gründer Frank Obrist, Dr. Ralf Schneider, Präsident der Vereinigung Europäischer Journalisten (VEJ), Dr. Richard Beyer, Wissenschaftlicher Direktor des European Institute for Public Finance (EIPF), und MdEP Niels Flemming Hansen, Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) im Europäischen Parlament, Vizepräsident SME Europe und Co-Vorsitzender SME Circle (von links nach

Sub-Zero-Methanol als Praxisbeispiel

Die finanziellen Perspektiven für Start-up- und Scale-up-Unternehmen wurden am Beispiel der im Bodenseeraum angesiedelten Obrist Group diskutiert. Sie hat mit einem klima-positiven „Sub-Zero-Methanol“ eine wegweisende Innovation hervorgebracht und arbeitet aktuell an ihrer Realisierung. Bei dieser Innovation handelt es sich um einen neuartigen grünen Kraftstoff. In seiner Herstellung wird aus der Atmosphäre mehr Kohlendioxid (CO₂) entnommen, als für seine Produktion benötigt wird. Das überschüssige CO₂ wird in einem weiteren Prozessschritt in festen Kohlenstoff umgewandelt – also in einen wertvollen Rohstoff, der in der Industrie und in der Landwirtschaft verwendet werden kann.



Dr. Ingo Friedrich, Präsident des Europäischen Wirtschaftssenats: „Europa muss wirtschaftlich eine Großmacht werden.“

Dieses in Herstellung und Verbrauch CO₂-reduzierend wirkende Sub-Zero-Methanol lässt sich einzigartig kosteneffizient in großen Mengen produzieren. Die Machbarkeit dieser Technologie soll kurzfristig in einer Test-Produktionsanlage verifiziert werden. Anschließend könnte dieses grüne Methanol eine pragmatische und vergleichsweise schnell realisierbare Antwort auf die Frage liefern, wie die EU in der Energieversorgung autonom werden kann. Die EU müsste das grüne Methanol dafür aber zunächst als synthetischen Kraftstoff anerkennen.

Und wie können Start-up- und Scale-up-Unternehmen den enormen Kapitalbedarf decken, den die Realisierung ihrer Ideen mit sich bringt? Antworten auf diese komplexe Frage riss die Podiumsdiskussion dieser Veranstaltung an. Auch hier zogen sich die Stichworte marktwirtschaftliche Lösungen und attraktive Rahmenbedingungen für Investoren wie ein roter Faden durch die Wortbeiträge der Diskussionsteilnehmer. „Wir haben auf der Welt gigantisch viel Kapital – insbesondere in Staats- und Rentenfonds. Damit sie in Europa investieren, müssen wir ihnen attraktive Angebote machen. Unter anderem, indem wir auf europäischer Ebene ein Steuerregime schaffen, in dem Verlustverrechnungsmöglichkeiten bestehen, die Erträge der Fonds im internationalen Besteuerungssystem aber dennoch behandelt werden wie Einkünfte aus Kapitalvermögen“, nannte Dr. Richard Beyer, Wissenschaftlicher Direktor European Institute for Public Finance (EIPF), einen Grund, warum Kapital häufig einen Bogen um Europa macht. „Eine Besteuerung darf am Ende nur noch auf drei Ebenen stattfinden: Die Investoren versteuern die Einkünfte als Einkünfte aus Kapitalvermögen, die Fonds versteuern die Vergütungen für das Management der Fonds und die Unternehmen, in die investiert wird, versteuern ihre Gewinne.“



Dr. Horst Heitz, TAE-Generalsekretär und EWS-Büroleiter in Brüssel: „Die unterschiedlichen Interessen der großen Unternehmen und der KMU machen es schwer, in Sachen Bürokratieabbau die richtigen Antworten zu finden und zu kommunizieren.“

TAE-Initiative Stopp EU-Bürokratie zur Stärkung Europas

Mit ihren mehr als einer Million Mitgliederinnen und Mitgliedern zählt die europäische Steuerzahlerorganisation TAE in Europa zu den stärksten Kräften, die den Abbau der europaweit überbordenden Bürokratie unterstützen. So zielt ihre transnationale Initiative „Stopp-Bürokratie“ (<https://www.stop-eu-bureaucracy.com>) darauf ab, in der EU etliche Verfahren zu vereinfachen, Transparenz zu fördern und Unternehmen sowie Bürger zu entlasten.

In der EU-Kommission weht seit den Wahlen zum EU-Parlament im vergangenen Jahr zweifellos ein anderer Wind. Zum Beispiel will sie – neben dem Ziel, den Wettbewerb in Europa zu stärken – mit der Omnibusverordnung insbesondere für KMU den bürokratischen Aufwand reduzieren. So soll diese Verordnung die Pflichten der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD), der Lieferkettenrichtlinie (CSDDD), der Taxonomie-Verordnung und der Sustainable Finance Disclosure Regulation (SFDR) bündeln und damit immerhin abspecken.

TAE-Generalsekretär und EWS-Büroleiter in Brüssel Dr. Horst Heitz: „Das ist aber nicht das, was wir wollen. Wir haben vielmehr ein Problem damit, dass es diese Gesetze überhaupt gibt.“ Doch zurücknehmen werde die EU diese bereits geschlossenen Gesetze wohl kaum. „Ich glaube, in ihrer Geschichte hat die EU noch nie ein Gesetz zurückgenommen“, so Heitz. „Bei den Hearings im EU-

Parlament wurde der Begriff Bürokratieabbau vermieden. Stattdessen wurde darüber gesprochen, wie die Gesetze smarter gemacht und besser umgesetzt werden können.“

Aus Sicht der TAE wäre ein geeigneter Weg zu einem echten Bürokratieabbau, wenn für jedes neu beschlossene Gesetz zwei bisherige gestrichen werden. Ansonsten könne kaum von Abbau die Rede sein. Die EU-Kommission hat das Ziel formuliert, 35 % der Bürokratie in Europa abzubauen – doch bislang nicht klar formuliert, wie dieser Abbau aussehen soll.

Verhindern will die TAE auch den so genannten Kaskadeneffekt. Denn selbst wenn die Omnibusverordnung die KMU offiziell von den Berichtspflichten befreie, könne es darauf hinauslaufen, dass die großen Unternehmen und die Banken die KMU zu diesen zwingen.



Eine Delegation der TAE, des EWS und der VEJ mit dem deutschen Journalisten, Kolumnisten und Autoren Jan Fleischhauer (sechster von links) auf dem Weg zu einem Working-Lunch im Europäischen Parlament zum Thema „EU-Kommunikation für den Bürger oder daran vorbei?“, zu dem MdEP Monika Hohlmeier, stellvertretende Vorsitzende des Haushaltsausschusses des EU-Parlaments, eingeladen hatte.

Zudem ist in der EU von der Digitalisierung der Bürokratie die Rede. Aber auch sie bedeutet letztlich nicht, dass Bürokratie abgebaut wird. Vielmehr wird sie nur besser verwaltet.

„In einigen europäischen Ländern ist inzwischen der Überblick über die Bürokratievorschriften verloren gegangen, so dass sie nicht erfüllt werden. Länder, die sich an die Vorschriften halten, haben damit im Wettbewerb einen Nachteil“, sprach Heitz ein weiteres Manko an.

Ein systematischer Ansatz für Bürokratieabbau fehlt

Generell gibt es in der EU aktuell keinen systematischen Ansatz für den Bürokratieabbau. Auch auf Seiten der Unternehmen gibt es viele Initiativen, die Bürokratie zu stoppen. Aber sie sind genauso wenig effektiv organisiert. In diese Lücke will die TAE gemeinsam mit ihren Partnerorganisationen stoßen. „Wir laden jedermann zur Mitarbeit ein, der uns unterstützen möchte“, so Jäger.

„Wir sind politisch neutral und sprechen mit jedem, der unsere Interessen vertritt. Aber auf der anderen Seite kommen heute viele politische Akteure aus der Kampagnen-Szene. Sie leben davon, zuzuspitzen. Und das erschwert den Dialog. Früher hat man sich ausgetauscht und auf Kompromisse hingearbeitet. Heute ist es eher so, dass es überall Brandmauern gibt und man Andersdenkende gezielt anprangert, um sie zu isolieren. Leider ist diese Taktik – Blaming, Framing, Isolating – in der EU sehr verbreitet. Insbesondere Vertreter der Wirtschaft sind hiervon betroffen“, stellte Heitz fest. Auch das habe dazu beigetragen, dass das ehemals positive Unternehmerbild im Laufe der Zeit verloren gegangen ist.

Jäger: „Nachweislich sind aus der EU-Kommission Steuergelder an NGOs geflossen, damit diese im EU-Parlament gezielt Lobbyarbeit im Sinne des Green Deals betreiben. Wir haben diesen klaren

Verstoß gegen geltende Gesetze mit Erfolg transparent gemacht. So hat der Haushaltskontrollausschuss des EU-Parlaments das Thema mit dem Ergebnis aufgegriffen, dass NGOs jetzt kein Geld



Der EWS überreichte in Brüssel drei neuen Senatsmitgliedern ihre Urkunden.

Bild oben: Dana Meager und Ján Imrisek (beide FALANGA Invest SICAV a.s.) aus der Slowakei mit Rolf von Hohenhau, Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern (ganz rechts), und EWS-Vizepräsident Daniel Berzel (zweiter von links).

Bild unten: Malik Naveed Akram, Geschäftsführer der INTECH Automation & Intelligence GmbH aus Deutschland.

mehr annehmen dürfen, um das Parlament zu lobbyieren. Und jetzt werden nach dem Prinzip Blaming, Framing, Isolating diejenigen angegriffen, die die in Europa geltenden Gesetze vertreten.“ Die NGOs fordern in vielen Bereichen der Politik mehr Transparenz. Hier dagegen ist ihnen die Transparenz nicht willkommen.

Laut Jäger sind große Unternehmen häufig eher bereit, Konflikten aus dem Weg zu gehen, weil sie über die Ressourcen verfügen, die sie benötigen, die Dinge zu handeln – und sich so zum Beispiel ein grünes Image verschaffen können. „Für die großen Unternehmen ist das Thema Compliance abgehakt.“ Sie haben an der Rücknahme der CSDR-Berichtspflichten kaum Interesse.“ Den mittelständischen Unternehmen dagegen bleibt nichts anderes übrig, als zu versuchen, sich mit den Entwicklungen irgendwie zu arrangieren. Heutzutage: „Diese unterschiedlichen Interessen machen es schwer, die richtigen Antworten zu finden und zu kommunizieren.“ Hinzu komme, dass zum Beispiel die Interessen Deutschlands anders gelagert seien als die von etwa Bulgarien oder Spanien.

„In der EU ist aus dem Fokus geraten, dass wir Unternehmen brauchen, die Gewinne erwirtschaften und Steuern zahlen. Schließlich muss irgend jemand den Sozialstaat bezahlen“, brachte der TAE-Generalsekretär das Kernproblem auf den Punkt. Und dafür brauchen wir ein Umfeld, das beste Bedingungen für technische Innovation und Forschung schafft.

Johannes Maruschzik
Repräsentant des Europäischen Wirtschaftssenats (EWS)
j.maruschzik@eu-wirtschaftssenat.eu
Mobil +49 151 1955 7472

In Kooperation mit
Glasshouse – Studies on a New Economy